

PRESSEINFORMATION

Kiel, den 18.11.1999
Es gilt das gesprochene Wort

TOP 23 u. 28 Stärkung des Handwerks (14/2518;14/2454)

Anke Spoorendonk:

Wir haben bereits in der Landtagssitzung im September ausführlich einen Bericht der Landesregierung über die Situation und die Perspektiven des Handwerks in Schleswig-Holstein debattiert. **Damals habe ich für den SSW insbesondere dem Handwerk für sein großes Engagement bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen gedankt.** Ohne die vielen tausend Ausbildungsplätze in diesem Bereich würde die Ausbildungssituation für unsere Jugendlichen dramatisch sein, denn bis zu 40% der Ausbildungsplätze in Schleswig-Holstein werden vom Handwerk erbracht.

Heute liegen uns nun als Konsequenz des Berichtes zwei Anträge zur Stärkung des Handwerks vor. Aus dem Bericht war klar hervorgegangen, dass die aktuelle Lage des Handwerks in Schleswig-Holstein sowohl was Umsatz, Rendite und Beschäftigungszahlen angeht, nicht sehr rosig ist. Über die Ursachen haben wir bereits im September diskutiert. Insofern ist es nur konsequent, dass wir heute über Vorschläge und Initiativen zur Verbesserung der Situation des Handwerks beraten.

Aus gesellschaftlicher Sicht ist es natürlich wichtig, dass das Handwerk seine hohe Ausbildungsquote auch in Zukunft erhält. Ein entscheidender Faktor für diese hohe Ausbildungsquote ist eine flexible und unternehmerfreundliche Gestaltung des Berufsschulunterrichts – allerdings ohne dass die Qualität der Unterrichtes darunter leidet.

Ich gebe ehrlich zu, dass der SSW aus schulischer und pädagogischer Sicht sehr skeptisch war bei der Einführung des sogenannten „Schleswig-Holstein´s-Modells“. Es erschien uns bedenklich, dass die Auszubildenden im ersten Ausbildungsjahr an zwei Berufsschultagen jeweils 9 Unterrichtsstunden haben sollten. Aus vielen Gesprächen, z.B. mit der Handwerkskammer Flensburg, weis ich inzwischen, dass dieses Modell trotz der anfänglichen Probleme in der Praxis gut angenommen wird.

Deshalb wird sich der SSW der Forderung einer Fortsetzung des „Schleswig-Holstein´s-Modell“ nach Ablauf der jetzt geltenden Vereinbarung im Juli 2000 auch nicht verschließen. Allerdings entbindet uns diese Entscheidung nicht davor, über die Zukunft des Dualen Systems weiter nachzudenken und neue Ansätze und Vorschläge weiterzuentwickeln. **Die berufliche Bildung wird in absehbarer Zeit auf dem Prüfstand bleiben müssen. Das heißt: Mittelfristig mag das Schleswig-Holstein-Modell Sinn machen, aber langfristig brauchen wir neue Lösungen.**

In dem Sinne kann der SSW auch die Forderung von CDU und F.D.P. unterstützen, die in ihrem Antrag fordern, dass der Berufsschulunterricht für Handwerksberufe in Zukunft mehr zu differenzieren und flexibel zu gestalten sei. Richtig ist sicherlich auch, dass dies in enger Abstimmung mit den einzelnen Gewerken des Handwerks geschehen soll, aber aus Sicht des SSW müssen doch auch die Gewerkschaften und die Berufsschulen in diesem Prozess miteingebunden werden. **Denn es darf bei der zukünftigen Ausgestaltung des Berufsschulunterrichts nicht ausschließlich nach kurzfristigen wirtschaftlichen Anforderungen gehen.**

Es wird Sie nicht überraschen, wenn der SSW das dänische Ausbildungsmodell als Vorbild heranzieht. Erst kürzlich wurde das dänische Berufsschul-Modell mit dem Carl Bertelsmann-Preis 1999 ausgezeichnet. Nach Ansicht der Bertelsmann Stiftung hat Dänemark das beste System der Beruflichen Bildung in Europa.

Das dänische Modell beruht - ähnlich wie in Deutschland - auf einer 400 Jahren alten Handwerkstradition, in der die jungen von den alten Meistern auf der Walz lernten. Heute hat Dänemark ein sehr flexibles Berufschul-Modell entwickelt mit sieben Hauptberufsfeldern. Dabei ergibt sich die Flexibilität des Modells aus der Tatsache, dass es Teil- und Grundqualifikationen gibt und Module der Aus- und Weiterbildung für die Menschen, die mehr wollen und können.

Wichtig ist auch, dass der Lehrling nicht mehr in den herkömmlichen Hierarchien eingebunden ist, sondern dass flexible Ausbildungsgänge dazu dienen, die individuellen Stärken und Qualifikationen der Auszubildenden gezielt zu stärken. So kann das Interesse der Jugendlichen mit den modernen Anforderungen der Arbeitswelt kombiniert werden.

Dabei schafft der Staat die Rahmenbedingungen, während Arbeitgeber, Gewerkschaften und Schulen in enger Zusammenarbeit auf regionaler Ebene die Ausbildungen gemeinsam zeitgemäß entwickeln. **Dieses Modell ist ein weiteres Beispiel für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zum Wohle des Gemeinwesens, die sich der SSW auch für Schleswig-Holstein wünscht.** Der SSW meint, gute Nachbarn sollten voneinander lernen.

Erste Ansätze in diese Richtung gibt es auch in Schleswig-Holstein. Ich nenne hier nur die Stichworte: Lernort-Kooperation zwischen Betrieb und Berufsschule, Ausbildung im Verbund, überbetriebliche Ausbildung u.s.w. Diese guten Ansätze müssen weiterentwickelt werden. Dennoch benötigen wir insbesondere ein neues Denken. Dies gilt auch und gerade für das Handwerk.

In der Frage der geplanten Unternehmenssteuerreform unterstützt der SSW die Zielsetzung der rot-grünen Koalition, die Situation der kleineren und mittleren Betriebe, zu denen die Handwerksunternehmen überwiegend gehören, zu

berücksichtigen und deshalb gerade diese überproportional steuerlich zu entlasten.

Wenn allerdings die CDU im gleichen Atemzug fordert, dass darüber hinaus die Steuersätze deutlich gesenkt werden sollen und die F.D.P. gar eine Halbierung der Mehrwertsteuer für Handwerksbetriebe fordert, dann merkt man, dass wir im Wahlkampf sind. Erstens muss man sich in Zusammenhang mit diesen Forderungen natürlich fragen, wieso denn die CDU/F.D.P.-Koalition in sechzehn Jahren nicht den Mittelstand steuerlich entlastet hat, sondern ihm im Gegenteil sogar noch mit der Erhöhung der Lohnnebenkosten geschadet hat. Und zweitens ist es natürlich eine nicht unwesentliche Frage, wer denn diese weiteren Steuergeschenke bezahlen soll?

Weiter ist es schon verwunderlich, dass CDU und F.D.P. die Abschaffung der Ökosteuer so vehement fordern. Denn ein wesentlicher Bestandteil der Ökosteuer ist es ja gerade, dass die Einnahmen zur Reduzierung der Lohnnebenkosten herangezogen werden. Dies kommt vielen Handwerksbetrieben zugute. Es ist natürlich nicht auszuschließen, dass die Ökosteuer in einigen Bereichen zu Wettbewerbsverzerrungen führt. Genauso wie die - von CDU/F.D.P. zu verantworteten - hohen Lohnnebenkosten zu Wettbewerbsverzerrungen in einigen Branchen geführt haben. Aber anstatt die Ökosteuer gleich wieder abzuschaffen, sollte man dann doch lieber versuchen sie im Sinne der berührten Unternehmen zu korrigieren.